

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 26 / 78

Berlin

29. Juni 1978

45. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Koordinierung der Wirtschaftspolitik in den westlichen Industrieländern bereitet Schwierigkeiten

Die wirtschaftspolitische Diskussion in den westlichen Industrieländern ist nach wie vor kontrovers, obwohl über die zu erreichenden Ziele weitgehende Übereinstimmung besteht und die wirtschaftspolitischen Absichtserklärungen der Regierungen grundsätzliche Einigkeit zum Ausdruck bringen. Einig ist man sich darin, daß zum Abbau der Arbeitslosigkeit vor allem in den westeuropäischen Industrieländern eine Wachstumsverstärkung erforderlich ist. Damit würde zugleich das Konjunkturgefälle zu den USA abgebaut und eine entscheidende Ursache für unerwünschte Zahlungsbilanzsalden beseitigt werden. Übereinstimmung besteht auch darin, daß dieses Ziel nur durch gemeinsame wirtschaftspolitische Aktion erreicht werden kann. An die Stelle der „Lokomotivtheorie“ ist die „Konvoitheorie“ einer international abgestimmten Wirtschaftspolitik getreten.

Hinter dieser Übereinstimmung verbergen sich jedoch nach wie vor kontroverse Auffassungen über die wirtschaftspolitischen Strategien, mit denen das gemeinsame Ziel zu erreichen ist. So besteht vor allem weiterhin Uneinigkeit darüber, welchen Part die einzelnen Länder bei einem gemeinsamen Vorgehen spielen sollen. Überlegungen, die der Lokomotivtheorie zugrunde lagen, kommen dabei erneut ins Spiel. Von den Überschußländern, die die geringsten Inflationsraten aufweisen, wird erwartet, daß sie den größten Beitrag zur Wachstumsbeschleunigung leisten. Zwar verlangt die Konvoitheorie, daß

auch die anderen Volkswirtschaften Maßnahmen ergreifen. Umstritten ist jedoch, worin deren angemessener Beitrag zu sehen ist. Vielfach wird die Auffassung vertreten, daß das Schwergewicht ihrer Bemühungen weiterhin bzw. erneut auf der Inflationseindämmung liegen sollte. Nur dadurch würde die Voraussetzung für ein anhaltendes und befriedigendes Wachstum geschaffen.

Es liegt auf der Hand, daß die prekäre Beschäftigungssituation in den expansionsschwachen Defizitländern eine einseitige Betonung der Inflationsbekämpfung nicht zuläßt. Diese Volkswirtschaften verfolgen deshalb bereits eine vorsichtige wachstumsstimulierende Finanzpolitik. Das gilt aber auch für die weniger inflationsanfälligen Überschußländer, denen die Hauptrolle beim Abbau des Konjunkturgefalles zugeordnet ist. Auch diese Länder hindert die Furcht vor einer erneuten Inflationsbeschleunigung daran, die Finanzpolitik noch stärker auf expansiven Kurs zu bringen. Verbreiteter ist noch die Befürchtung, daß eine solche Politik die Entfaltung expansiver Kräfte im privaten Bereich eher behindern als anregen würde.

Eine expansivere Finanzpolitik würde zunächst die Defizite der öffentlichen Haushalte und damit den staatlichen Kreditbedarf weiter erhöhen. Befürchtet wird, daß dies bei einer Geldpolitik, die die Geldmengenexpansion im Kampf gegen die Inflation

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte ¹⁾ 1976 in vH		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
	B S P	Ausfuhr der BRD	1976			1977 ²⁾			1978 ²⁾		
			real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾
Bundesrep. Deutschland	11,0	-	5,7	9,1	3,2	2,4	6,2	3,7	2,5	6,5	4
Frankreich	8,5	19,4	5,4	15,3	9,4	3	13	9,5	3,5	14	10
Großbritannien	5,4	7,0	3,0	18,4	15,0	0,1	14,2	14,1	2,5	13	10
Italien	4,3	11,0	5,7	25,0	18,3	1,7	20,3	18,3	2	16,5	14
Niederlande	2,2	14,3	4,6	13,3	8,3	2,3	9,0	6,5	2,5	8	5,5
Belgien	1,7	11,7	5,5	13,1	7,3	2,5	10	7,5	3	9,5	6,5
Dänemark	1,1	3,8	4,9	14,2	8,9	1,5	11,5	10	2	11	9
Irland	0,2	0,4	3,2	22,0	18,2	5	19	13,5	5,5	16	10
EG	34,4	-	5,1	14,8	9,3	2,1	11,5	9,2	2,5	11	8
Schweden	1,8	5,2	1,7	12,9	11,0	-2,5	8,5	11,5	0	11	11
Schweiz	1,5	6,6	-1,3	1,1	2,4	4,3	4,8	0,5	1,5	3,5	2
Österreich	1,0	7,2	5,2	11,4	5,9	3,5	8,5	4,8	1,5	6,5	5
Norwegen	0,8	2,3	5,8	13,9	7,7	3,9	12,5	8,3	4	12,5	8
Europ. Industrieländer	39,5	-	4,7	14,1	9,0	2,0	11,1	8,9	2,5	10,5	8
Europ. Industrieländer o. BRD ⁴⁾	28,5	-	4,3	16,0	11,2	1,9	12,9	10,8	2,5	12,5	9,5
Europ. Industrieländer o. BRD ⁴⁾	-	88,9	4,4	14,6	9,8	2,2	11,6	9,3	2,5	11	8,5
USA	42,1	8,3	6,0	11,6	5,3	4,9	10,7	5,5	4	11,5	7
Kanada	4,7	1,2	4,9	14,9	9,5	2,6	9,3	6,5	3,5	12,5	8,5
Japan	13,7	1,6	6,0	12,9	6,5	5,1	11,7	6,3	5	9,5	4,5
Außereurop. Industrieländer	60,5	-	5,9	12,2	5,9	4,8	10,8	5,8	4	11	6,5
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾	-	11,1	5,9	12,1	5,9	4,7	10,7	5,7	4	11,5	7
Insgesamt	100,0	-	5,4	12,9	7,1	3,7	10,9	7,0	3,5	11	7
Insgesamt o. BRD ⁴⁾	89,0	-	5,4	13,4	7,6	3,8	11,5	7,4	3,5	11,5	7,5
Insgesamt o. BRD ⁴⁾	-	100,0	4,5	14,3	9,3	2,5	11,5	8,9	2,5	11	8

1) Auf Dollarbasis.- 2) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.- 3) Deflationierungsfaktor.- 4) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

wieder zunehmend begrenzt, zur Kreditverknappung und -verteuerung führen müßte, die die Aktivitäten im privaten Bereich beeinträchtigten. Es sei daher umgekehrt ein Abbau der staatlichen Defizite anzustreben. Dabei wird jedoch verkannt, daß im Kreislaufzusammenhang der Einnahmen-Ausgabenströme und -salden die Ausgabenüberschüsse der privaten Unternehmen und damit ihr Verschuldungsbedarf umso geringer sind, je höher die Einnahmendefizite des Staates ausfallen, es sei denn, die Leistungsbilanzlage des betreffenden Landes verschlechtert sich erheblich. Die Gefahr, daß der Staat, wenn er seine Aktivitäten auf der Ausgabenseite verstärkt, den privaten Bereich zunehmend zurückdrängt, ist zudem solange nicht akut, wie die Produktionsfaktoren nicht vollbeschäftigt sind.

Eine Strategie, die sich vom Abbau staatlicher Defizite die Stärkung autonomer Kräfte im privaten Bereich erhofft, setzt auf einen Selbstheilungsprozeß der Marktwirtschaft. Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen es jedoch als höchst zweifelhaft erscheinen, daß der private Bereich die Rolle eines Wachstumsschrittmachers spielen wird. Unterließe es die öffentliche Hand, zumindest einen Teil dieser Rolle zu übernehmen, so wären die Wachstumsaussichten auf kürzere und auch längere Sicht wenig günstig. Es geht gegenwärtig nicht mehr darum, daß der Staat kurzfristig antizyklische Impulse gibt, von

denen man immer wieder vergebens erwartet, daß sie im privaten Bereich einen sich selbst tragenden Aufschwung auslösen. Vielmehr ist unter den gegebenen Umständen ein andauerndes befriedigendes Wirtschaftswachstum nur zu erreichen, wenn der Staat die Rolle eines Wachstumsschrittmachers zu spielen bereit ist. Sicherlich wird es nicht leicht sein, eine solche Wachstumspolitik und eine Politik der Inflationsbekämpfung miteinander in Einklang zu bringen. Gewiß ist jedoch, daß ein Abbau des Konjunkturgefälles durch Wachstumsverstärkung in Westeuropa nicht zu erreichen ist, wenn eine auf Expansion gerichtete Politik durch eine restriktive Anti-Inflationspolitik konterkariert wird. Vielmehr besteht die Gefahr, daß sich das Wachstum dann auch in den USA abschwächt und sich die Arbeitsmarktsituation weltweit verschlechtert.

Der wirtschaftspolitische Zielkonflikt zwischen Wachstumsförderung und Inflationsbekämpfung erschwert gegenwärtig auch die Wirtschaftspolitik in den USA. Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern hält jedoch in den USA der Wirtschaftsaufschwung bereits über mehrere Jahre hinweg an, wobei die Arbeitslosigkeit fühlbar abgebaut worden ist. Die Erfahrungen zeigen, daß es besonders schwierig ist, eine Inflationsbeschleunigung zu vermeiden, wenn im Laufe eines längeren Expansionsprozesses das Arbeitskräfteangebot knapper wird.

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte			Importe		
	1976	1977 ¹⁾	1978 ¹⁾	1976	1977 ¹⁾	1978 ¹⁾	1976	1977 ¹⁾	1978 ¹⁾	1976	1977 ¹⁾	1978 ¹⁾	1976	1977 ¹⁾	1978 ¹⁾
Bundesrep. Deutschland	3,6	2,9	3	2,4	0,7	3	5,0	2,7	4	11,1	4,2	4	10,6	4,2	5,5
Frankreich	4,2	2	3,5	4,3	3	4,5	5,0	-1	3,5	9,5	6	6,5	20,7	1	7
Großbritannien	0,4	-0,8	4,5	2,4	-0,2	1,5	-2,0	-3,9	3,5	7,4	6,0	3,5	3,8	3,8	5
Italien	3,4	2,1	2	1,8	2,3	2	1,9	0,1	-1,5	13,7	5,8	6	14,9	-1,0	3,5
Niederlande	2,7	4,0	3	4,3	2,6	1,5	-1,9	11,2	2,5	10,4	-2,2	3	10,9	2,3	3
Belgien	6,1	2,5	2	4,6	2,5	3,5	0,8	3	2,5	9,3	5	6	10,4	5	5
Dänemark	6,5	0	-1	6,3	2,5	2,5	14,4	-4	2	3,4	4	3	16,8	-1	1
Irland	2,9	4,5	7	1,8	2	5	8,4	8,5	10,5	9,2	11	11,5	16,3	11	13
EG	3,4	1,9	3	3,1	1,4	3	3,4	0,7	3	10,0	4,3	4,5	12,1	2,7	5
EG o. BRD	3,3	1,5	3	3,5	1,8	3	2,7	-0,2	2,5	9,5	4,4	5	12,7	2,1	5
Schweden	4,3	-2	-2	3,7	3	4	-2,0	-3	-5	4,5	-1	2	6,7	-2,5	-3
Schweiz	0,5	2,5	2,5	4,0	1,0	1	-10,7	3,0	0,5	10,1	9,5	5	11,2	8,7	5,5
Österreich	4,0	6,9	1	2,5	2,0	2	5,7	8,2	1,5	11,3	5,0	4,5	17,9	8,5	1
Norwegen	6,3	4,8	2	7,0	10,4	4	9,5	1,2	-11,5	9,4	3,9	6	12,0	3,0	-7
Europ. Industrieländer	3,4	2,0	3	3,2	1,7	3	3,0	0,9	2	9,8	4,3	4,5	12,0	2,9	4
Europ. Industrieländer o. BRD	3,3	1,6	2,5	3,6	2,2	3	2,2	0,2	1,5	9,3	4,4	5	12,4	2,4	3,5
USA	6,0	4,9	4	2,2	3,7	4	5,0	8,9	6	6,6	1,8	5	18,4	10,3	4,5
Kanada	6,1	2,8	4	0,9	2,2	2,5	0,8	-0,6	1	8,9	7,7	5	8,2	2,0	4,5
Japan	4,4	3,2	4,5	3,7	3,6	3,5	3,6	4,3	5	16,8	10,4	6	8,0	2,0	5
Außereurop. Industrieländer	5,7	4,5	4	2,3	3,5	4	4,1	6,4	5	9,9	5,1	5,5	13,7	6,6	4,5
Insgesamt	4,8	3,5	3,5	2,7	2,8	3,5	3,6	4,1	4	9,8	4,6	5	12,6	4,2	4,5
Insgesamt o. BRD	4,9	3,6	3,5	2,7	3,1	3,5	3,5	4,3	4	9,6	4,7	5	13,0	4,3	4

1) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet. — Gewichte 1976 auf Dollarbasis.
Quellen: Vgl. Tabelle Entwicklung des Bruttosozialprodukts.

Das Ziel eines stetigen Wachstums bei Vollbeschäftigung wurde in der Vergangenheit immer wieder verfehlt, weil es nicht gelang, diese Aufgabe zu lösen. Die Bekämpfung der Inflationsbeschleunigung führte meist dazu, daß der Wirtschaftsaufschwung gedrosselt wurde und schließlich ganz aufhörte.

So beschwört auch die gegenwärtige Wirtschaftspolitik in den USA die Gefahr einer erheblichen Wachstumsverlangsamung herauf. Zur Bekämpfung der Inflation wird nicht nur die Geldmengenerweiterung wieder enger begrenzt, sondern es wird auch versucht, die Zunahme des Defizits im staatlichen Haushalt durch Verlangsamung des Wachstums der Staatsausgaben so gering wie möglich zu halten. Damit wird es der öffentlichen Hand erschwert, durch ihr eigenes Ausgabengebaren ein Erlahmen der expansiven Kräfte zu verhindern.

Zu verstärkten Preissteigerungen ist es nicht deswegen gekommen, weil die Nachfragerexpansion zu kräftig war und über die Angebotsausweitung hinausging. Insofern sind finanzpolitische Restriktionen zur Inflationsbekämpfung unangebracht. Die Inflationsbeschleunigung war vielmehr kostenbedingt. Im ersten Quartal dieses Jahres verstärkte sich der Lohnkostenanstieg nicht so sehr deswegen, weil sich die Lohnsatzsteigerungen beschleunigten, sondern vor allem deshalb, weil die Arbeitsproduktivität sank. Die Produktivitätsentwicklung ist letztlich vom Investitionsverhalten abhängig, das wiederum

entscheidend durch die Wachstumsaussichten bestimmt wird. Von der Produktivitätsentwicklung her werden nur dann wieder stärkere kostenentlastende Wirkungen ausgehen, wenn ein Wachstumseinbruch vermieden wird, der die Investitionsneigung beeinträchtigt.

Die Beschleunigung der Lohnsatzsteigerungen hat sich bisher noch in Grenzen gehalten. Da sich die Einkommensverteilung im Laufe des Wirtschaftsaufschwungs nur wenig zu Lasten der Arbeitnehmer verschob, hat sich bis jetzt der Verteilungskonflikt nicht verschärft. Je besser die Aussichten für eine Verstärkung des Wachstums und eine stetige Reallohnsteigerung sind, umso eher dürften die Gewerkschaften davon zu überzeugen sein, daß auch ihnen eine Lohnpolitik Vorteile bringt, bei der sie ihre — in der gegenwärtigen Konjunkturphase verbesserte — Position nicht zu übermäßigen, die Inflation schüren den Lohnsaterhöhungen nutzen.

In Großbritannien stehen die wirtschaftspolitischen Instanzen vor einem ähnlichen Zielkonflikt wie in den USA, obwohl sich nach einer Stagnationsphase im Jahre 1977 die Wirtschaft gerade erst wieder belebt. Die britische Regierung hat im Frühjahr dieses Jahres dem privaten Bereich durch Steuersenkungen Impulse gegeben. Sie war bereit, die zunächst damit einhergehende Erhöhung des Haushaltsdefizits und der Verschuldung des Staates in Kauf zu nehmen. Inzwischen hat sich jedoch gezeigt, daß expansive Finanzpolitik und restriktive

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			Lohnstückkosten ²⁾		
	in Landeswährung												in SZR		
	1976	1977 ³⁾	1978 ³⁾	1976	1977 ³⁾	1978 ³⁾	1976	1977 ³⁾	1978 ³⁾	1976	1977 ³⁾	1978 ³⁾	1976	1977 ³⁾	1978 ³⁾
Bundesrep. Deutschland	15,6	3,1	7	7,0	7,0	6	9,4	0,7	4,5	1,2	4,5	3,5	4,0	12,1	10
Frankreich	17,0	13	16	15,5	13	12,5	11,0	9,5	11,5	9,6	9,5	8	3,4	5,5	10
Großbritannien	25,0	30,8	9	14,5	9,8	14	21,4	30,7	6,5	11,2	9,7	11	-4,9	4,8	10,5
Italien	25,3	12,8	15	22,0	21,8	16,5	18,5	10,9	12,5	15,4	19,8	14	-4,8	11,7	11
Niederlande	26,7	7,7	8	10,9	8,4	8	21,1	5,3	5,5	6,0	6,0	5,5	6,6	12,9	10,5
Belgien	9,9	6,5	7,5	14,6	11,5	9,5	4,2	4	4,5	8,6	9	6,5	8,8	16	11
Dänemark	13,5	7	8	13,5	11	10	8,2	5,5	6	8,2	9,5	8	8,2	9	10
Irland	15,0	10,5	15	20,4	21	15	11,4	5	9	16,7	15,5	9	-0,2	10,5	8,5
EG	18,7	10,6	11	13,1	10,9	10,5	13,3	8,7	7	7,4	8,7	7	2,5	10,3	10,5
Schweden	-13,1	5	11	18,5	9	11	-14,6	7,5	11	16,5	12	11	16,8	7,5	2,5
Schweiz	3,0	10,5	6	1,1	2,5	3	4,4	6	4,5	2,4	-1,5	1,5	11,2	1,5	23,5
Österreich	15,9	4,2	2,5	10,2	10,2	8	10,2	0,7	1	4,8	6,5	6,5	7,0	14,5	12
Norwegen	7,7	11,3	14,5	15,3	12,3	12	1,8	7,1	10	9,0	8,1	7,5	9,8	9,6	1
Europ. Industrieländer	17,0	10,3	10,5	12,9	10,6	10	11,3	8,3	7	7,6	8,4	7	3,8	9,9	10,5
USA	14,3	11,1	10	11,4	11,6	12	7,8	5,9	6	5,1	6,4	7,5	10,5	5,2	2,5
Kanada	10,2	7,9	16	15,0	10,0	12	5,1	5,2	12	9,6	7,2	8	18,9	-1,7	-2
Japan	9,4	10	8,5	13,0	11,5	10	3,2	4,5	3,5	6,6	6	5	12,2	16	21,5
Außereurop. Industrieländer	12,4	10,5	10	12,0	11,7	11	5,9	5,4	6,5	6,4	6,4	7	12,5	7,2	7,5
Insgesamt	14,2	10,4	10	12,4	11,2	10,5	9,3	7,2	7	7,1	7,7	7	7,1	8,9	9

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 3) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.- Gewichtet mit 1976er Anteilen. Für 1) und 2): Ausfuhr auf Dollarbasis.
Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW.

Geldpolitik nur schwer miteinander zu vereinbaren sind. Die gestiegene Kreditnachfrage der öffentlichen Hand hat zur Kreditverknappung und -verteuerung geführt, die die Entwicklung im privaten Bereich zu beeinträchtigen droht. Die öffentliche Hand versucht nun, ihren Kreditbedarf vor allem durch eine Steigerung der Sozialversicherungsbeiträge zu senken und den Geld- und Kapitalmarkt zu entlasten. Sie nimmt damit die im Frühjahr ergriffenen Anregungsmaßnahmen zum größten Teil wieder zurück.

Trotz dieser widersprüchlichen Wirtschaftspolitik ist indes zu erwarten, daß die Belebung im privaten Bereich vorerst noch anhält. Eine starke Zunahme des Realeinkommens der privaten Haushalte macht — bei beschleunigten Lohnsatzserhöhungen und verlangsamen Preissteigerungen — eine beträchtliche Zunahme des privaten Verbrauchs in diesem Jahr wahrscheinlich. Auch deuten die Unternehmenspläne auf eine erhebliche Steigerung der privaten Anlageinvestitionen hin. Die starke Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmen in den letzten Jahren dürfte zu dieser Verbesserung der Investitionsneigung beigetragen haben. Die weitere Entwicklung wäre allerdings gefährdet, wenn sich der Verteilungskonflikt erneut so verschärfte, wie es in der Vergangenheit immer wieder der Fall war. Es ist fraglich, ob dies ohne erneute einkommenspolitische Bemühungen zu verhindern sein wird.

In Frankreich, wo bisher mit Hilfe von Preiskontrollen zwar eine Inflationsbeschleunigung vermieden, nicht aber die erstrebte Verringerung des Preisauftriebs erreicht wurde, hat die Regierung einen neuen wirtschaftspolitischen Kurs eingeschlagen. Die Preiskontrollen werden — zunächst im industriellen Bereich — allmählich aufgehoben. Indem den Unternehmen Preisgestaltungsfreiheit zugebilligt wird, soll der Konkurrenzdruck verstärkt, gleichzeitig aber auch den effizienten Unternehmen die Möglichkeit zur Gewinnsteigerung gegeben und damit ihre Investitionsneigung verbessert werden. Zusätzlich wird die traditionelle französische Subventionspolitik zurückgenommen. Die damit einhergehende Umstrukturierung der französischen Industrie ist erwünscht.

Der neue wirtschaftspolitische Kurs birgt allerdings erhebliche Gefahren in sich. So tragen zwar verbesserte Gewinnaussichten zu einer Stärkung der Investitionsneigung bei; sie gehen jedoch einher mit einer erneuten Beschleunigung des Preisauftriebs. Dies wie auch die Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmen dürften Abwehrreaktionen auf der Arbeitnehmerseite auslösen. Verstärken sich aber die Lohnsatzsteigerungen schon bald, so dürfte die neue wirtschaftspolitische Strategie kaum die in sie gesetzte Hoffnung erfüllen. Für dieses Jahr ist allerdings mit einer leichten Wachs-

tumsverstärkung zu rechnen. Nicht nur die private Verbrauchsnachfrage hat sich seit einiger Zeit deutlich belebt, auch die Investitionsabsichten deuten auf eine erneute Zunahme der Anlageinvestitionen hin.

Ähnlich wie in Großbritannien ringt die Regierung in Italien mit dem schwer zu lösenden Problem, das wirtschaftliche Wachstum anzuregen und gleichzeitig das hohe Staatsdefizit abzubauen. Sie hat deshalb einerseits Steuern und öffentliche Gebühren angehoben. Andererseits beabsichtigt sie aber, den Anstieg der öffentlichen Ausgaben zu

verstärken. Bei dieser zwiespältigen Politik ist es sehr unwahrscheinlich, daß das von der Regierung für dieses Jahr angestrebte Sozialproduktwachstum von 4,5 vH erreicht wird. Zwar hat sich die Nachfrage in der ersten Hälfte dieses Jahres leicht belebt. Dies geht aber vor allem auf die Entwicklung des privaten Verbrauchs zurück. Er erhält gegenwärtig dadurch Impulse, daß Einkommen, die aufgrund früherer lohnpolitischer Maßnahmen in Staatspapieren festgelegt worden sind, nun für den Konsum verwendet werden. Dagegen stagnieren die Investitionen bei weiterhin niedriger Kapazitätsauslastung immer noch.

Bundesrepublik Deutschland: Anhaltende Wachstumsschwäche

Das Statistische Bundesamt hat zusammen mit der Veröffentlichung der industriestatistischen Daten für den Monat April die Produktionsergebnisse des März deutlich nach oben revidiert. Damit stellt sich nun die Entwicklung des Sozialprodukts im ersten Viertel dieses Jahres etwas günstiger als zuvor dar¹. Das reale Bruttosozialprodukt hat in dieser Periode das Niveau der entsprechenden Vorjahrszeit um rund 1,5 vH — statt um 0,8 vH — übertroffen. Saison- und arbeitstäglich bereinigt ergab sich gegenüber dem vierten Quartal 1977 ein geringfügiger Anstieg von 0,5 vH statt eines zuvor errechneten leichten Rückgangs. Auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts schlägt sich diese Korrektur vor allem bei den Investitionen nieder; die realen Ausrüstungsinvestitionen konnten gegenüber dem ersten vorläufigen Ergebnis deutlich erhöht werden. Sie haben ihren Vorjahrsstand um rund 6 vH (1 vH) übertroffen.

Ohne die streikbedingten Produktionsausfälle wäre die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu Jahresbeginn zwar noch etwas günstiger ausgefallen, als es diese Daten zum Ausdruck bringen, aber das Urteil, welches sich aufgrund der ersten vorläufigen Berechnungen ergeben hatte, bliebe auch dann bestehen: Der Start der Wirtschaft in das Jahr 1978 war so unbefriedigend, daß das für dieses Jahr zu erwartende gesamtwirtschaftliche Wachstum erheblich vorbelastet wurde und früher gehegte Erwartungen gedämpft worden sind. Dies wird unterstrichen durch die Entwicklung des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe. Er ist nach einem relativ hohen Stand im Dezember 1977 bis März 1978 Monat für Monat gesunken; preisbereinigt fiel er dabei wieder auf das Niveau vom September 1977 zurück.

In der letzten Zeit hat sich zwar eine Verbesserung im konjunkturellen Geschehen bemerkbar gemacht, weil der Einfluß der wichtigsten hemmenden Faktoren, die die Entwicklung im ersten Vierteljahr mit geprägt haben, geschwunden ist bzw. sich stark abgeschwächt hat: Die Arbeitskämpfe mit Streiks und Aussperrungen sind im April zu Ende gegangen; die schließlich erkämpften Lohnabschlüsse sind in den meisten Fällen im Rahmen desjenigen geblieben, was gesamtwirtschaftlich für vertretbar gehalten werden kann. Auch die währungspolitische Lage hat sich beruhigt. Allerdings ist trotz eines Wiederanstiegs des Dollar-Kurses eine deutliche reale Aufwertung der D-Mark sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber den meisten Industrieländern geblieben, die für viele Unternehmen eine weitere Belastung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen Anbietern bedeutet. Die Bestelleingänge aus dem Ausland sind denn auch bis zuletzt zurückgegangen; dies gilt vor allem für das besonders exportintensive Investitionsgütergewerbe. Hier wurde das Niveau des realen ausländischen Auftragseingangs der entsprechenden Vorjahrszeit abermals nicht erreicht. Hinzu kommt, daß ausländische Anbieter, begünstigt durch die hohe Bewertung der D-Mark, weiter auf dem Binnenmarkt vordringen, dabei die deutschen Produzenten unter zunehmenden Wettbewerbsdruck setzen und einen wachsenden Anteil am Anstieg der Binnennachfrage für sich in Anspruch nehmen.

¹ Vgl. Sonderfaktoren bewirkten Rückgang des realen Bruttosozialprodukts. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 21/1978.

Saisonbereinigt kräftig gestiegen ist dagegen im April der Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe aus dem Inland. Auch in nächster Zeit wird die Inlandsnachfrage Träger des nur bescheidenen Wirtschaftswachstums bleiben. Impulse kommen sowohl vom privaten Verbrauch als auch vom öffentlichen Sektor. Eine Rolle spielen hierbei die jetzt wirksamen Steuererleichterungen, die das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stärken. Der private Verbrauch steigt sogar noch kräftiger als das verfügbare Einkommen: Zur Erfüllung ihrer Kaufwünsche schränken die Haushalte ihre Ersparnis ein, oder sie greifen sogar auf früher gebildete Ersparnisse zurück. Das Freiwerden von vermögenswirksam angelegten Spargeldern kommt der verstärkten Ausgabenneigung entgegen. Die realen Nachfrageeffekte, die dabei entstehen, sind auch wegen der kontinuierlich sinkenden Preissteigerungsraten recht erheblich. Die Verkaufspreise des Einzelhandels sind im Durchschnitt nur um rund 2,5 vH höher als vor einem Jahr, der reale Einzelhandelsumsatz um 3,5 bis 4 vH.

Mit beachtlichem Tempo expandiert zugleich die Baunachfrage. Diese wird durch das Programm für Zukunftsinvestitionen gefördert, von dem in diesem Jahr ein beträchtlicher Teil produktionswirksam wird, sowie durch die günstigen Konditionen am Kapitalmarkt, die vor allem den Wohnungsbau anregen werden. Die Hypothekenauszahlungen zur Finanzierung von Wohnbauten nehmen kontinuierlich zu; ihr Niveau ist gegenwärtig um fast die Hälfte höher als in den Rezessionsjahren 1974/75. Steigende Tendenz zeigt aber auch die Nachfrage nach Wirtschaftsbauten, öffentlichen Gebäuden und vor allem nach Tiefbauleistungen. Nach der witterungsbedingten Drosselung der Bautätigkeit im ersten Quartal dieses Jahres dürfte sich aufgrund der allseits verbesserten Nachfragesituation im weiteren Jahresverlauf ein spürbarer Anstieg der Bautätigkeit ergeben.

Für eine durchgreifende Verbesserung auch der Ausrüstungsinvestitionen fehlen bisher Anhaltspunkte. Zwar haben die industriellen Unternehmen ihre Pläne gegenüber dem Herbst leicht nach oben korrigiert, doch sind Anlagenersatz und Rationalisierung noch immer die entscheidenden Investitionsmotive. Solange diese so stark überwiegen, ist mit einem sich selbst tragenden Investitionsaufschwung nicht zu rechnen.

Insgesamt dürfte sich vom zweiten Quartal an, nach Überwindung der hemmenden Einflüsse im Winterhalbjahr, die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung wieder verstärken. Die Beschleunigung wird aber nicht so kräftig sein, daß für dieses Jahr noch ein befriedigendes Wirtschaftswachstum erreicht wird. Gegenwärtig wird zwar häufig die Meinung

vertreten, die Frühjahrsprognose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute² sei unter dem Einfluß der ungünstigen statistischen Daten, die damals verfügbar waren, mit einem erwarteten Anstieg des realen Sozialprodukts von 2,5 vH zu pessimistisch ausgefallen. Dabei wird aber übersehen, daß ein jahresdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von z. B. 3 vH nur dann erreicht wird, wenn das reale Sozialprodukt vom zweiten bis vierten Quartal seinen Vorjahrsstand um 3,5 vH übertrifft. Die verfügbaren Indikatoren weisen nicht auf eine derartig spürbare konjunkturelle Besserung hin.

Symptom für die bis in die Gegenwart andauernde Produktionsschwäche ist auch die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich saisonbereinigt bis Mai nicht unter das Niveau von 1 Million senken lassen; zwar war die Zahl um rund 30 000 niedriger als ein Jahr davor, doch dürfte diese Abnahme noch geringer gewesen sein als die Zahl der binnen Jahresfrist aus der Bundesrepublik wieder fortgezogenen ausländischen Arbeitnehmer. Der Produktionsverlauf hat jedenfalls nicht dazu beitragen können, daß die Arbeitslosigkeit über eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl abschmilzt. Die Entwicklung des Angebots an offenen Stellen zeigt zudem, daß auch für die kommende Zeit mit keiner Verbesserung der Beschäftigtensituation zu rechnen ist.

Bei diesen rundum enttäuschenden Konjunkturdaten können die raschen Preisstabilisierungsfortschritte nur wenig trösten. So erfreulich es für sich gesehen ist, daß der Anstieg der Lebenshaltungskosten im Vorjahrsvergleich auf weniger als 3 vH zurückging, so sehr muß auch dieser Stabilisierungserfolg als Symptom der allgemeinen konjunkturellen Schwäche gesehen werden. Entscheidend ist sicherlich die ständige Aufwertungstendenz der D-Mark gewesen; unter ihrem Einfluß sind die Preise für Einfuhrgüter gegenwärtig niedriger als vor einem Jahr. Die auch für die wirtschaftspolitischen Instanzen unerwartet großen Erfolge in Richtung Preisstabilität wirken sich zugleich schmalernd auf Unternehmenserträge und -ertragserwartungen aus, tragen also mit zur anhaltenden Investitionsunlust bei.

Bemerkenswert ist, daß die Preisstabilisierungstendenz in dieser Stärke zustande kam, obwohl die geldpolitische Zielgröße, die sich die Bundesbank gesetzt hat, deutlich überschritten worden ist. Daran zeigt sich, daß es so feste Beziehungen zwischen Geldmengenausweitung und Inflationstempo, wie sie vielfach angenommen werden, nicht gibt. Die Bundesbank hat bekannt gegeben, daß sie bereit ist,

² Vgl. Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 17-18/78.

auch in diesem Jahr ein Überschreiten ihres geldpolitischen Zieles hinzunehmen, also darauf zu verzichten, die zielwidrige Geldmengenausweitung, die sich während der jüngsten Dollar-Spekulation ergeben hatte, in der kommenden Zeit durch ein entsprechend restriktives Verhalten zu kompensieren. Diese Entscheidung ist zu begrüßen, läßt sie doch erkennen, daß auch von der Bundesbank die gravierenden wirtschaftspolitischen Probleme richtig gewichtet werden: Hauptsorge ist gegenwärtig nicht die Inflation, sondern ganz eindeutig die Wiedergewinnung befriedigenden Wirtschaftswachstums und eines hohen Beschäftigungsgrades. Eine restriktive Geldpolitik würde das Erreichen dieser Ziele von vornherein verhindern.

Im übrigen wird in der wirtschaftspolitischen Diskussion überwiegend die Meinung vertreten, daß auch von seiten der Finanzpolitik stärkere Stimuli erforderlich sind, soll eine Annäherung an das Wachstums- und Beschäftigungsziel erreicht werden. Sehr unterschiedlich sind jedoch die Auffassungen darüber, ob die Finanzpolitik dabei auf der Ausgaben- oder der Einnahmenseite ansetzen sollte.

Ehe sich die wirtschaftspolitischen Instanzen unter dem Druck der öffentlichen Meinung — nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland — zu weiteren allgemeinen steuerlichen Erleichterungen entschließen, sollten sie die bisherigen Erfahrungen bedenken, die mit steuer- und subventionspolitischen Ankurbelungsmaßnahmen gemacht worden sind. Zwar ist die Wirkung der zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen Steuererleichterungen noch nicht zu überblicken; nirgends wird jedoch geglaubt, daß mit ihrer Hilfe die Investitionsschwäche beendet werden wird.

Offenbar werden bei den entscheidenden Instanzen finanzpolitische Maßnahmen auf der Einnahmen- oder auf der Ausgabenseite der öffentlichen Etats als sich gegenseitig weitgehend ausschließende Alternativen gesehen: Bestimmte Beträge sollen bei den öffentlichen Finanzierungsdefiziten nicht überschritten werden. Ein Eingehen auf die Forderungen

nach weiteren Steuersenkungen müßte sich unter diesen Umständen lähmend auf die Ausgabenbereitschaft des Staates auswirken, und zwar für 1979 stärker noch als im laufenden Jahr. Mit restriktiven Ausgabenansätzen in den Haushalten des Jahres 1979 würde aber verhindert werden, daß es in der Bundesrepublik auch nur zu einer relativen wirtschaftlichen Gesundung käme, denn es würde unweigerlich zu einer erneuten rezessiven Tendenz in demjenigen Wirtschaftsbereich kommen, der in diesem Jahr entscheidend zur Aufrechterhaltung eines Wirtschaftswachstums beiträgt, der Bauwirtschaft. Da dieser Sektor mit seiner Entwicklung stark auf andere Wirtschaftsbereiche ausstrahlt, würden dort die Absatzerwartungen der Unternehmen negativ beeinflußt werden; die von Steuersenkungen erwarteten Anregungen erschienen dann erst recht zweifelhaft.

Die wirtschaftspolitischen Instanzen wären daher gut beraten, wenn sie — anknüpfend an das mit dem Programm für Zukunftsinvestitionen Eingeleitete — Vorsorge dafür treffen würden, daß im kommenden Jahr und auch auf mittlere Frist zusätzliche Ausgabenprogramme eine kräftige Ausweitung der Nachfrage in Bereichen mit dringendem gesellschaftlichem Bedarf sicherstellen. Daß eine derartige expansive Ausgabenpolitik nicht nur zur Überwindung kurzfristiger konjunktureller Schwäche erforderlich ist, sondern Kernstück eines mittelfristigen Konzepts zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung sein muß, ist vor kurzem an dieser Stelle ausführlich dargelegt worden³.

Steuersenkungen passen nicht in die Anlaufphase einer solchen Strategie. Lediglich dort, wo es um die gezielte Einflußnahme auf Investitionsentscheidungen geht — z. B. bei den beschlossenen Maßnahmen zur Förderung heizenergiesparender Investitionen —, lassen sie sich als sinnvolle Ergänzung einer mittelfristig konzipierten Wachstumspolitik vertreten.

³ Vgl. Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 15/78.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5. Seit Mitte 1975 sind erschienen:

- Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von B. Bartholmai. 125 S. 1975. DM 38,60.
- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 115 S. 1975. DM 26,60.
- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland — Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.
- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von D. Cornelsen, H. Machowski und K. E. Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von H. Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktreionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling.

— Hierzu zwei Prospekte des Verlages Duncker & Humblot —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Wirtschaftslage: Koordinierung der Wirtschaftspolitik in den westlichen Industrieländern bereitet Schwierigkeiten bearbeitet von Manfred Teschner. — Bundesrepublik Deutschland: Anhaltende Wachstumsschwäche bearbeitet von Horst Seidler.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 38.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.